

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Auer Tageblatt, Auer, Erzgebirge. Druck: Auer, Erzgebirge.

Preis: 10 Pf. monatlich, 1.20 M. vierteljährlich, 4.80 M. jährlich. Bei Vorabnahme halbjährlich 2.40 M., vierteljährlich 1.20 M. Bei Abnahme von 6 Monaten 6.00 M., 12 Monaten 12.00 M. Bei Abnahme von 24 Monaten 24.00 M. Bei Abnahme von 36 Monaten 36.00 M. Bei Abnahme von 48 Monaten 48.00 M. Bei Abnahme von 60 Monaten 60.00 M. Bei Abnahme von 72 Monaten 72.00 M. Bei Abnahme von 84 Monaten 84.00 M. Bei Abnahme von 96 Monaten 96.00 M. Bei Abnahme von 108 Monaten 108.00 M. Bei Abnahme von 120 Monaten 120.00 M. Bei Abnahme von 132 Monaten 132.00 M. Bei Abnahme von 144 Monaten 144.00 M. Bei Abnahme von 156 Monaten 156.00 M. Bei Abnahme von 168 Monaten 168.00 M. Bei Abnahme von 180 Monaten 180.00 M. Bei Abnahme von 192 Monaten 192.00 M. Bei Abnahme von 204 Monaten 204.00 M. Bei Abnahme von 216 Monaten 216.00 M. Bei Abnahme von 228 Monaten 228.00 M. Bei Abnahme von 240 Monaten 240.00 M. Bei Abnahme von 252 Monaten 252.00 M. Bei Abnahme von 264 Monaten 264.00 M. Bei Abnahme von 276 Monaten 276.00 M. Bei Abnahme von 288 Monaten 288.00 M. Bei Abnahme von 300 Monaten 300.00 M.

Nr. 250.

Mittwoch, den 27. Oktober 1920.

15. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, geht dem Reichstag nach im November ein Nachtragsetzt zu den Beschlüssen des Reichstages über die Verträge mit den Alliierten vor.

In dem gemeinsamen Ausschuss des Reichstages und des Reichsrates wird die allgemeine Aussprache über die Frage der Sozialisierung fortgesetzt worden.

Der Sachliche Ministerrat hat gestern eine neue Verfügung gegen Bücher und Schleichhandel mit scharfen Strafbestimmungen beschlossen.

Das gleiche Kabinett hat eine Beschlusse an das Volk gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß Prinz Paul zur Kronbesteigung aufgefördert worden ist.

## Bundesstaat Oberschlesien.

Von besonderer Seite wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Die Verhandlungen im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten haben nun zu dem Ergebnis geführt, zu dem sie führen mußten. Nachdem es am Donnerstag voriger Woche noch nicht gelungen war, eine Einigung und einen festen Beschluß herbeizuführen, haben die ober-schlesischen Abgeordneten des deutschen Reichstages und der preussischen Landesversammlung in der Sonnabend-Sitzung den Ausschuss gegeben. Die gemäßigten Vertreter des ober-schlesischen Volkes haben auf das Zwingende der ganzen Lage, auf die Notwendigkeit der bundesstaatlichen Autonomie hingewiesen und ihren Forderungen konnte sich weder die Reichsregierung noch die preussische Regierung entziehen, da es die Forderungen der Mehrheit des ober-schlesischen Volkes waren, die hier vertreten wurden. Die Sonnabend-Sitzung des Ausschusses ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil nunmehr nicht nur eine Einigung allein über das Ziel, sondern auch über den Weg zur Erreichung dieses Zieles herbeigeführt worden ist, und zwar kann jetzt, da Preußen seinen Widerstand fallen gelassen hat, die bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien durch ein einfaches Reichsgesetz herbeigeführt werden, dessen Annahme nach den Erklärungen der Parteivorsitzer gesichert ist. Es mag getraut sein, in diesem Augenblick, in dem die Entscheidung gefallen ist, rückblickend noch einmal auf die Widerstände hin zu sehen, die sich bisher in der Autonomiefrage Oberschlesiens gezeigt haben. Das eine sei vorweg bemerkt, daß bei allen Widerständen niemals daran gedacht worden ist, den Oberschlesiern die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche zu versagen, aber es handelte sich um eine Frage, die für die gesamte preussische und Reichspolitik von überaus schwerwiegender Bedeutung war.

Man mag von gewisser Seite den Widerstand der preussischen Regierung bedauern, aber er war verständlich. Was wäre das für eine Regierung gewesen, die allzu leichtfertig die Hand dazu geboten hätte, daß ein solches wichtiges Mitglied, wie es Oberschlesien ist, vom Körper des Staates entfernt würde? Was schließlich die preussische Regierung zum Aufgeben ihres Widerstandes bestimmt hat, ist die Erkenntnis gewesen, daß wichtiger als das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich ist. Die Widerstände von sozialdemokratischer Seite bestanden darin, daß in der Schaffung eines neuen Gliedstaates eine neue Bestätigung der ohnehin bereits bedrohten Reichseinheit erblickt wurde, während die Nationalen aus ihrer ganzen konservativen Tradition heraus eine Verkleinerung Preußens deshalb verhindern wollten, weil nach ihrer Meinung dadurch die preussische Vormachtstellung, die nach der neuen Reichsverfassung sowieso schon nicht mehr in ihrem früheren Sinne besteht, noch weiter vermindert werden würde. Größer als alle Widerstände aber war der Wunsch des ober-schlesischen Volkes, und wichtiger als alle Widerstände war die Notwendigkeit, den Oberschlesiern, die im härtesten Kampf um ihre deutsche Existenz stehen, eine Unterstützung angedeihen zu lassen, die wichtiger als alle anderen Unterstützungen ist und die allein es den Oberschlesiern ermöglicht, den Kampf zum eigenen Besten und zum Besten Deutschlands siegreich zu durchsetzen. Die im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gefällte Entscheidung ist ein Meilenstein in der Geschichte Oberschlesiens, es handelt sich nicht um die Gewährung der Autonomie allein, sondern um eine Wendung des ganzen Verlaufes. Die Bedeutung Oberschlesiens für das Reich ist jetzt weit größer geworden als sie es vordem war, und Oberschlesien selbst ist nunmehr in der Lage, im Rahmen des Reiches auch die Politik zu treiben, die seiner Bedeutung entspricht und die das Ziel hat, Oberschlesiens Bedeutung für alle Zukunft zu sichern. Die Polen hatten es leicht, einen Lande, das ihnen nicht gehört und ihnen nicht gehören wird, eine sogenannte Autonomie zu verschaffen. Das politische Autonomiegesetz hat in seiner Gesamtheit keinen anderen Wert als den eines kämgarischen Wanders zum Zweck des Stimmengewinns. Das ganze Wort aber, in der die jetzt von deutscher Seite gefällte Ent-

scheidung zustande kam und gerade die Widerstände gegen, wie ernst und wie bedeutungsvoll für Oberschlesien und das Reich diese Entscheidung zu nehmen ist. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß man in Oberschlesien von dem Wert dieser Entscheidung am allerbesten überzeugt ist, wir zweifeln nicht daran, daß diese Entscheidung den Oberschlesiern Kraft verleihen wird, die jetzigen schweren Zeiten zu überdauern, und wir zweifeln auch nicht daran, daß durch diese notwendige Entscheidung für die bundesstaatliche Autonomie der Grundstein zu einer besseren, freieren und glücklicheren Zukunft Oberschlesiens gelegt ist.

## Das Ruhrgebiet und die Arbeiterschaft der Entente.

Wir wissen, daß die Frage der Besetzung des Ruhrgebietes in Frankreich noch immer einen der Hauptpläne der dortigen Politik darstellt. Gutmeinende Vertreter der französischen Anschauungen in Deutschland haben uns in der letzten Zeit auseinandergesetzt, daß auch diese geheimen Absichten Frankreichs gar nicht so sehr gemeint seien, und daß sie schließlich nur darauf hinauslaufen, die Versorgung Frankreichs und Deutschlands mit Kohlen auf paritätischer Grundlage zu regeln. Nach unseren Erfahrungen mit Frankreich sind wir aber leider sehr stark geneigt, in diesen Glauben einige Zweifel zu legen, und es scheint, als ob man auch innerhalb der internationalen Arbeiterschaft nicht überall von der Reinheit der französischen Absichten überzeugt wäre. Wenigstens läßt sich doch ein Beschluß denken, den sieben die Internationale Gewerkschaftskommission auf ihrer diesmonatlichen Versammlung in Amsterdam gefaßt hat. Man hatte dort die Lage in Mitteleuropa erörtert und ist besonders darüber verhandelt, wie man sich zu einer eventuellen Besetzung des Ruhrgebietes verhalten solle. Man hörte auch an, was die Vertreter Deutschlands, Belgien und Großmann, von den deutschen Gewerkschaften mitzutellen hatten. Diese scheinen gegenüber anderen Mitgliedern der Tagung mit ihrer Beweiskraft auch gewissen Erfolg gehabt zu haben, so daß man sich nicht dem einseitigen französischen Standpunkt anschloß, sondern zunächst einmal dahin übereinkam, einen Untersuchungsausschuss, gebildet aus Mitgliedern des Vorstandes, in das Ruhrgebiet zu entsenden. Darin befinden sich ein Franzose, ein Belgier, ein Holländer und ein Engländer. Es steht außer Zweifel, daß die Herren Gelegenheit finden werden, sich den von ihnen gewünschten Einblick in jeder Beziehung zu verschaffen. Sie werden dann sehr bald sehen, daß bei einer Besetzung des Ruhrgebietes die Erfüllung des Abkommens von Spa und die Versorgung Frankreichs mit Kohlen zu einer Unmöglichkeit wird. Zu erwähnen, daß Deutschland in diesem Falle einfach zum schnellen Tode verurteilt sein würde, lohnt sich nicht, da wir wissen, daß dieser Hinweis der Entente gegenüber und leider auch dem größten Teil der dortigen Arbeiterschaft nicht wirkt. Die internationale Gewerkschaftskommission wird aber hoffentlich gleichzeitig noch erfahren, daß die Ruhrarbeiterschaft nicht gewillt sein würde, unter dem Kommando französischer Kolonialtruppen zu arbeiten und es überhaupt ablehnt, sich in ihrer Arbeit von anderen Voraussetzungen als denen des Existenzminimums des eigenen Vaterlandes bestimmen zu lassen. Wir versprechen uns offen gestanden im internationalen Sinne zunächst noch nicht allzu viel von dem Ergebnis der vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingeleiteten Untersuchung. Immerhin ist aber doch soviel zu erhoffen, daß die Gewerkschafts-Internationale auf Grund des ihr in Aussicht stehenden Materials endlich zu einer klaren Einsicht in die Bedingungen und Konsequenzen einer Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich kommt. Sollte das erreicht werden, so würden wir, von allem anderen ganz abgesehen, die Entsendung der bewußten Kommission begrüßen, denn um zum Ausgangspunkt zurückzuführen: die Ruhrfrage ist nach wie vor das Hauptproblem des Kontinents, solange wir kein Angelegen darüber feststellen können, daß Frankreich dies Problem auf einem anderen Wege als dem der Gewalt zu lösen sich bereit findet.

## Die beiden Höhen der deutschen Politik.

In Anbetracht der Aufgaben, die uns in der nächsten Zeit bevorstehen und die gerade jetzt beim Zusammentritt des Reichstages höchste Beachtung verdienen, tut es not, im Interesse der Förderung einer praktischen Politik allen Ernstes auf zwei grundsätzliche Fragen hinzuweisen, die geeignet erscheinen, die nahen und nächsten politischen Aufgaben wiederum illusorisch zu machen, wenn es nicht gelingt, die beiden Höhen deutscher Politik so zu binden, daß ihre Wirkung keinen Schaden verursachen kann. Der Parteitag der Unabhängigen hat dem Radikalismus ein neues Gesicht gegeben und wirklich kein schönes. Genosse Einowski hat den Bürgerkrieg in seiner unerschütterlichsten Form nach dem russischen Vorbild gepredigt, und der linke Flügel der Unabhängigen, der aber kurz oder lang sich doch die kommunistische Partei nennen muß, der nur jetzt schamhaft an dem Namen der Unabhängigen sozial-

demokratischen Partei festhält, hat ihm Beifall geschenkt. Es verdient noch einmal hervorgehoben zu werden, daß die Moskauer Bedingungen für alle Teilnehmer der dritten Internationalen eine Solidarität mit jeder Sowjetrepublik vorschreiben, die sich mit einem sozialistischen Staat im Kriegszustand befindet. Was bedeutet also nicht anders, als der Versuch, Deutschland in einen Krieg zu ziehen, falls irgend eine Sowjetrepublik in der nächsten Zeit genötigt ist, Krieg zu führen. Die außenpolitische Situation, die durch eine solche Stellung geschaffen wird, ist klar und wir brauchen nur darauf hinzuweisen, daß es den Franzosen ganz gleichgültig ist, von welcher Seite die deutschen Kriegandrohungen kommen. Die Androhungen der Unabhängigen für einen Krieg gegen Frankreich werden dort genau so bewertet, wie die Androhungen, die der andere Flügel der deutschen Politik, der Nationalismus, ausstrahlt. Wir setzen vor der Konferenz, und wir halten immer noch den Anspruch auf eine Hinguziehung der Deutschen als gleichberechtigte Vertreter auf dieser Konferenz aufrecht. Wir haben auch die feste Erwartung, daß unser Anspruch sich durchsetzen wird, wenn er nicht durch deutsche Zerwürfnisse zum Scheitern gebracht wird. Eine solche Zerwürfnisse aber ist der Nationalismus, der sich im vorangegangenen Sommer (siehe Dresden) immer noch bemüht hat; die schwebliche Mitte aber auch dem Nationalismus und dem Nationalismus ist jenseitig dem Nationalsozialismus, die ebenso sehr geeignet ist, uns im Ausland zu diskreditieren, wie es bereits die vorerwähnten Ausdrucksformen tun. Wenn wir also zu einer Vereinigung der politischen Weltatmosphäre überhaupt kommen wollen, in die wir mit der Meinung der politischen Weltatmosphäre im eigenen Hause begannen. Wir wissen, wie sehr sich der Nationalismus auch in dem Lager anderer radikaler Lager verankert hat, aber wir sind uns in der Lage, ihn erfolgreich zu bekämpfen. Wenn wir nicht mit den gleichen Waffen kämpfen, sondern politische Waffen zur Anwendung bringen, wie sie zum Glück bei uns in Deutschland liegen.

## Die Verfassung in der Volkskammer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung waren zunächst zwei Bestimmungen vorgenommen, die in der vorangegangenen Sitzung wegen der Beschäftigung mit dem Haupte von der Tagesordnung abgesetzt werden mußten. Der Antrag Wetz (Soz.), der in seiner Auswirkung dahin geht, die Erstellung des Reichstages aus der Volkskammer und der Volksversammlung, die anderen Reichstagesmitglieder (Soz.), Dipin (Unabh.), Bouvier (Dint.) sprechen im Sinne ihres Parteien.

Dieses wird mit der Entscheidung über die Verfassung in den nächsten Tagen begonnen. — Der Abg. Ministerialrat Dr. Wulff ist erstattet den Ausschussbericht, und er stellt fest, daß alle Prellungen zu gemeinsamen sachlicher Arbeit sich zusammengesetzt haben. Das demokratische Prinzip ist selbst durchgeführt. Sodann berichtet er noch als Berichterstatter des Volksentseides und des Volksentseides. Die anderen Reichstagesmitglieder, Dipin (Unabh.), Bouvier (Dint.) sprechen im Sinne ihres Parteien.

Sodann tritt das Haus in die allgemeine Aussprache über die Verfassung ein. Abg. Wulff (Dt. Sp.): Waschen ist eigentlich ein Kommunalverband, da ihm die Souveränität fehlt. In dessen ist eine Verfassung notwendig. Die Volkskammer hat das Selbstbewußtsein sehr leicht gemacht. Es ist verstimmt worden, hier einen Riegel vorzuschleichen. Die Regierung hat nicht die Möglichkeit, den Landtag aufzulösen und muß erst den beschwerlichen Weg des Volksentseides beschreiten. Das

die Souveränität des Parlaments nicht das letzte Ziel sein kann, hat die französische Verfassung bewiesen. Der Regierung ist die notwendige starke Stellung nicht gegeben worden. In der letzten Zeit sind zur Demokratisierung der Verwaltung nur politisch abgestempelte Personen berufen worden. In Preußen hat man einen Staatsrat eingerichtet, um alle diese Fehler zu beiseitigen und wirksame Garantien gegen die Willkür des Parlaments zu schaffen. Die Stellung des Finanzministers muß ebenfalls gestärkt werden. Abg. Schierand (Dem.): Wie Dr. Wulff, der Berichterstatter, unserer Partei angeht, kann ich mich kurz fassen. Wie begrüßen die Verfassung und werden sie sie stimmen.

Der demokratische Charakter der Verfassung liegt darin, was den Neben der Segnes geht hervor, daß sie demokratisch ist. Was waren das, daß es einen Staatspräsidenten nicht geben darf. Ferner sind wir dafür eingetreten, daß die Regierung an das Volk appellieren kann. Außerdem sind wir für das Volk begabten. Wir sind aber auch gegen eine Unabspaltung des demokratischen Gedankens und können deshalb die politischen Wertsätze ab. Ich möchte am Schluß meiner Ausführungen noch feststellen, daß der Entwurf, so wie es uns vorliegt, im wesentlichen des Demokratischen Partei in verbanten ist.

Ministerpräsident: Was? Wenn das Reichspräsident noch ein Respekt übernehmen soll, dann wird ihm doppelt Ehre gebühret. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen. Im übrigen kann ein Bericht nicht verbracht werden, daß die Sache nur eine parteipolitischen Gesichtspunkten ernannt worden sind. Abg. Dr. Wagner (Dint.): Eine Demokratisierung der Verwaltung, in wie sie der Reichspräsident gefordert hat, wäre unannehmlich, wenn sie nicht man nicht so. Wir wünschen, daß die Zeit der Ministerien vermindert werden muß.

Es erfolgt daraufhin die Abstimmung über die einzelnen Bestimmungen der Verfassung, wobei die von den Unabhängigen